

# Nein zu Energievorlagen war klare Absage an die «Verbotskultur»

Abstimmungsumfrage zeigt: Politik und Bevölkerung divergierten vor allem in der Herangehensweise.

David Sele

Unter anderem mit Blick auf die geplante Abänderung des Baugesetzes sprach Wirtschaftskammerpräsident Martin Meyer im Mai 2022 erstmals von einer «sich leise einschleichenden Verbotskultur». Kurz zuvor hatte die Regierung angekündigt, Öl- und Gasheizungen verbieten und eine Photovoltaik-Pflicht einführen zu wollen.

Das Heizungsverbot strich die Regierung mehr als ein Jahr später aus der Vorlage, übrig blieb eine Verschärfung der energetischen Gebäudevorschriften. Die Photovoltaik-Pflicht wurde im Lichte des drohenden Referendums in eine separate Vorlage gepackt. Doch all diese Manöver kamen offenbar zu spät.

## «Verbot, Zwang, Vorschrift» war Hauptmotiv für ein Nein

Am vergangenen Sonntag bodigte das Stimmvolk dennoch beide Energievorlagen: Sowohl Gebäudevorschriften als auch PV-Pflicht sind mit über 65 Prozent der Stimmen abgelehnt worden. Vorangegangen war ein langwieriger Abstimmungskampf, in dem

Pro- und Contra-Lager vielfältige Argumentationslinien verfolgten.

Verfangen hat bei den Nein-Stimmenden aber nicht die Sorge vor steigenden Mieten oder die Hoffnung auf technologischen Fortschritt, sondern das Schlagwort der ersten Stunde: «Verbotskultur». Das zeigt die repräsentative Abstimmungsumfrage, die

---

## Zinslose Darlehen für Sanierungen: Freie Liste kündigt Initiative an

Damit Personen, die es sich nicht leisten können, die Investition in nachhaltige Heizungen und PV-Anlagen stemmen können, sollte mit den Energievorlagen auch die Möglichkeit zinsloser Darlehen geschaffen werden. Das Ja-Lager führte im Abstimmungskampf unter anderem ins Feld, dass mit einem Nein vom Volk auch die Darlehen abgelehnt werden. Ebendies ist am Sonntag trotzdem geschehen. Am Dienstag kündigte die Freie Liste nun jedoch eine parlamentarische Initiative zur Einfüh-

rung zinsloser Darlehen für energetische Sanierungen an. Der Umstieg auf erneuerbare Energien solle insbesondere auch für diejenigen Haushalte finanzierbar sein, welche heute bereits unter den hohen Nebenkosten leiden. «Damit kommen wir unserer Verantwortung nach, jede Möglichkeit zu nutzen, unsere Energieversorgung ökologisch und sozial nachhaltig zu sichern», schreibt die Partei. Sie gehe davon aus, dass das Vorhaben im Landtag eine Mehrheit findet. (ds)

den demnach Kosten- oder Technologie-Argumente.

Zweifel an der Bedrohung durch den menschengemachten Klimawandel oder an den Einflussmöglichkeiten des Kleinstaates Liechtenstein spielten für die Nein-Stimmenden hingegen kaum eine Rolle. Insgesamt kamen derartige Aussagen nur in 1,9 Prozent der Begründungen vor.

Dagegen waren Klima- und Umweltschutz für die Ja-Stimmenden das wichtigste Motiv, gefolgt von Unabhängigkeit und Sicherheit der Energieversorgung. Die Befürworter teilten demnach die Beweggründe, auf die sich auch Regierung und Landtag gestützt hatten.

## Auch die jungen Wähler stimmten mehrheitlich dagegen

Weiter zeigen die Ergebnisse aus der Abstimmungsumfrage, dass die Energievorlagen über alle Generationen hinweg abgelehnt wurden. So stimmten die jüngeren Wähler zwar tendenziell eher mit Ja, doch selbst in der Altersgruppe der 18- bis 30-jährigen reichte es nur für 49 Prozent. **5**